

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Jan Korte,
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/585 –**

Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass der 8. Mai 1945 für Millionen von Menschen ein Tag der Hoffnung und Zuversicht gewesen sei. Anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs habe auch der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärt, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung gewesen sei, da er uns alle von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit habe.

Um dieses Datum von so herausragender historischer Bedeutung angemessen zu würdigen und einen lebendigen Gedenktag zu etablieren, der zu streitbaren öffentlichen Diskussionen Anlass gebe, soll die Bundesregierung mit diesem Antrag aufgefordert werden, dem 8. Mai als Tag der Befreiung den Status eines gesetzlichen Gedenktages zu verleihen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/585 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Der Innenausschuss

Frank Hofmann (Volkach)
Stellvertretender Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Dr. Stefan Ruppert
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Wolfgang Wieland
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Gabriele Fograscher,
Dr. Stefan Ruppert, Ulla Jelpke und Wolfgang Wieland****I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 17/585** wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 83. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 20. März 2013 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Reinhard Grindel
Berichtersteller

Gabriele Fograscher
Berichterstellerin

Dr. Stefan Ruppert
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Wolfgang Wieland
Berichtersteller

